

## Soziale Ungleichheit bekämpfen

**Am 13. Mai wählen die Bürgerinnen und Bürger von Nordrhein-Westfalen einen neuen Landtag. Die Caritas in NRW hat sich im Vorfeld der Landtagswahl zu Wort gemeldet: Sie fordert, bei der Wahlentscheidung die soziale Situation in unserem Bundesland in den Blick zu nehmen.**

Die Caritas erwartet von der Landesregierung des bevölkerungsreichsten Bundeslandes, dass sie alles tut, um soziale Ungleichheit zu bekämpfen. Eine NRW-Landesregierung muss sich sozialpolitisch engagieren und dabei auch in der Bildungspolitik einen Schwerpunkt setzen. Die Förderung und der Schutz von Kindern und die Unterstützung von Familien müssen in NRW weiter auf der politischen Agenda stehen. Die Caritas fordert den flächen-deckenden Ausbau von niedrigschwelligen Angeboten und Unterstützungsformen der

Frühen Hilfen. Wir konstatieren auch, dass die Politik in der Bekämpfung der Armut hinter ihren eigenen Ansprüchen deutlich zurückgeblieben ist. Durch die Arbeitsmarkt-reformen der vergangenen Jahre ist Armut gewachsen und hat sich weiter verfestigt. Langzeitarbeitslose sind mit der Hartz-IV-Reform unter dem Ansatz des „Forderns und Förderns“ massiv unter Druck gesetzt worden, ohne dass ihnen ausreichend Chancen und Unterstützung geboten werden. Aber selbst viele, die Arbeit haben, müssen in Minijobs und pre-

kären Arbeitsverhältnissen zusätzlich Sozialleistungen beziehen. Eine Landesregierung kann in diesem Feld nicht untätig sein, sie muss Beschäftigung öffentlich fördern. Darüber hinaus muss sie für faire Wettbewerbsbedingungen eintreten und sich gegen Dumpinglöhne aussprechen. Daher fordert die Caritas in NRW eine breite gesellschaftliche Debatte um die künftige Ausrichtung des Sozialstaats. Soziale Gerechtigkeit und die Sicherung einer menschenwürdigen Existenz sind und bleiben zuallererst Aufgabe des Sozialstaats. Wir erkennen die Risiken einer zunehmenden Verschuldung der öffentlichen Hand und fordern eine verbesserte finanzielle Ausstattung der Kommunen, damit diese ihre verfassungsgemäße Aufgabe der Daseinsvorsorge erfüllen können. ◀

## Unfaire Medienberichte diffamieren die Pflege

**„Die Qualität der Pflege in Pflegeheimen und ambulanten Pflegediensten hat sich verbessert“, heißt es in einer gemeinsamen Erklärung der Spitzenverbände der Medizinischen Dienste und der gesetzlichen Krankenversicherung. Grundlage der Erklärung ist der 3. Pflege-Qualitätsbericht des Medizinischen Dienstes. „Jeder fünfte Heimbewohner eingesperrt“, „Die Kassen schlagen Alarm“, Unmenschliche Zustände“, Schlagzeilen dagegen die Medien. Reden hier wirklich alle von derselben Studie?**

Frust und Ärger in unzähligen Altenheimen sind groß. Wieder einmal stehen Pflegende und Heime pauschal am Pranger. Missstän-

de werden kritisiert, ohne dass Ursachen zur Sprache kommen. Pauschal verunglimpft wird so ein kompletter Berufsstand. Ob Wundliegen oder unerlaubtes Festhalten – die Ursachen für derartige Missstände schaffen es nicht in die Schlagzeilen. „Wer gibt denn die Rahmenbedingungen für die ambulante und stationäre Pflege vor“, sagt Peter Wawrik, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der katholischen Alten- und Gesundheitshilfe im Erzbistum Paderborn. Zum einen seien dies Bundes- und Landes-gesetze und ihre Ausführungen, zum anderen die Pflege- und Krankenkassen, die Pflegepersonalschlüssel, Vergütungssätze und Leistungsentgelte reglementierten. Die Caritas in der Diözese Münster weist die Kritik an freiheitsentziehenden Maßnahmen zurück. „Unser Ziel ist es immer, eine Fixierung des Bewohners zu vermeiden“,

erklärte Pflegeexpertin Anne Marx. Wenn sie doch erfolge, dann diene sie seinem Schutz. Reduzieren lasse sich die Zahl der „freiheitsentziehenden Maßnahmen“ nur mit mehr Pflegepersonal. Aber dann müsse die Gesellschaft bereit sein, die höheren Kosten für bessere Rahmenbedingungen zu tragen. „Pflege braucht Menschen, die sie leisten“, stellt Markus Brinkmann, Sprecher der 200 katholischen Altenheime in der Diözese Münster, klar. Die Qualitätsverbesserung, die die Kassen auch feststellten, sei „Verdienst der Pflegenden und nicht der immer ausgedehnten Prüfungen“. Sie arbeiteten täglich daran, die Betreuung der alten Menschen zu verbessern. Die ständige Kritik an ihrer Arbeit „degradiert die guten Leistungen von hoch motivierten Mitarbeitern“, so Brinkmann. ◀

M. L.

„Caritas in NRW – AKTUELL“  
ist der Informationsdienst der Diözesan-Caritasverbände Aachen, Essen, Köln, Münster und Paderborn.  
Er erscheint sechsmal im Jahr.  
Zu bestellen bei:  
Caritas in NRW  
Redaktion  
Lindenstraße 178  
40233 Düsseldorf  
Telefon: 02 11/51 60 66 20  
Telefax: 02 11/51 60 66 25  
E-Mail: redaktion@caritas-nrw.de

Bestellungen auch über die Pressestellen der nordrhein-westfälischen Diözesan-Caritasverbände.

ISSN 1611-3527



## Prävention nicht weiter vernachlässigen!

Von Dr. Frank Johannes Hensel, Diözesan-Caritasdirektor für das Erzbistum Köln

Die Solidarität zeigt Realitätsbrüche in unserem hochgelobten deutschen Gesundheitssystem, obwohl nominell allen gesetzlich versicherten Menschen die gleichen Leistungen zustehen. Es gibt eklatante Unterschiede, was Krankheitsrisiko und Lebenserwartung betrifft, Menschen mit niedrigen Einkommen sterben rund zehn Jahre früher als reiche Menschen, bei wohnungslosen Männern stellt sich die Situation noch drastischer dar – ihre Lebenserwartung liegt 30 Jahre unter dem Durchschnitt. Leider stellt Armut immer noch den Krankheitserreger Nr. 1 in Deutschland dar. Das hat gesellschaftliche Ursachen und ist nicht einfach individuelles Versagen oder ein Naturgesetz.

Denn Menschen aus einkommensschwachen Haushalten sind nicht nur materiell belastet und haben Probleme, die zahlreichen privaten Gesundheitsleistungen zu finanzieren. Sie werden auch sozial ausgegrenzt gerade im Hinblick auf die Angebote unseres komplexen Gesundheitswesens. Praxisgebühren und Zuzahlungen, schlechte Bildung, mangelnde Sprachkenntnisse, eingeschränkte Mobilität erschweren Zugänge.

Ganz besonders trifft es wieder mal die Kinder! Hier alarmieren Fakten:

Jugendliche und Kinder aus sozial benachteiligten Haushalten leiden häufiger unter Infektionskrankheiten, Asthma, Zahnkrankheiten, Kopf- und Rückenschmerzen und haben auch mehr Unfälle. Auch von psychischen Problemen und



Verhaltensauffälligkeiten sind Kinder und Jugendliche mit niedrigem sozialem Status besonders häufig betroffen.

Diese Fakten machen deutlich: Kinder brauchen für ein gesundes Aufwachen neben verlässlichen Beziehungen auch eine verlässliche Gesundheitsförderung und Gesundheitsversorgung und Bildung und Teilhabe. Der systematischen Vernachlässigung der Prävention in der Gesundheitsversorgung muss gegengesteuert werden. Ein garantiertes kostenloses Mittagessen für bedürftige Kinder in allen unseren Kindertageseinrichtungen und „Frühe Hilfen“ sind Gebote der Stunde. Es gilt unter Einbeziehung aufsuchender Besuchsdienste die vorhandenen Unterstützungssysteme und Hilfsangebote so zu koordinieren und zu vernetzen, dass den Folgen von Armut und schwierigen familiären Lebensbedingungen rechtzeitig und wirksam entgegengewirkt wird und die Kinder schon ganz früh Hilfen und Unterstützung erfahren.

Damit es nicht in zehn Jahren wieder heißen muss: „Armut macht krank, und Krankheit macht arm.“ ◀

### Teilhabepaket: Gemischte Bilanz der Landesregierung

**Düsseldorf** – Die NRW-Landesregierung hat eine gemischte Bilanz des Bildungs- und Teilhabepaketes des Bundes gezogen. „Nach anfänglichen Anlaufschwierigkeiten sind mittlerweile deutlich mehr als 50 Prozent der Mittel gebunden“, erklärte NRW-Arbeitsminister Guntram Schneider in Düsseldorf. Die bürokratischen Hürden, etwa die Beantragung von Mitteln für Nachhilfeun-

terricht, seien aber weiterhin zu hoch. NRW-Schulministerin Sylvia Löhrmann (Grüne) sprach von einer „bürokratischen Fehlkonstruktion“. Das Geld komme nicht da an, wo es hinmüsse. „Es ist doch ein Unding, dass der private Nachhilfemarkt mit öffentlichen Mitteln finanziert wird, statt dass das Geld direkt bei den Schulen ankommt.“ ◀

KNA

### Wohlfahrtsverbände: „Bildungs- und Teilhabepaket abschaffen“

**Das 2011 eingeführte Bildungs- und Teilhabepaket ist nach Auffassung der Wohlfahrtsverbände gefloppt. Gebracht habe es viel Bürokratie und Verunsicherung, aber keine echte Verbesserung der Chancen von benachteiligten Kindern und Jugendlichen. Das teilte die LAG Freie Wohlfahrtspflege NRW ein Jahr nach Inkrafttreten des entsprechenden Bundesgesetzes mit.**

Eine aktuelle Abfrage der Freien Wohlfahrtspflege in den Kommunen belegt: Weniger als die Hälfte der Leistungsberechtigten beantragen überhaupt Unterstützung aus dem Bildungs- und Teilhabepaket, nur rund ein Viertel der vom Bund bereitgestellten Mittel wird abgerufen. Gezahlt wurden vor allem Zuschüsse zum Mittagessen, gefolgt von Zuzahlungen für Tagesausflüge und Klassenfahrten. Mittel für Sport- und Kulturangebote sowie Lernförderung oder den Bus zur Schule werden hingegen kaum nachgefragt.

Die Gründe für die Nichtinanspruchnahme sind gleichermaßen vielfältig wie strukturell bedingt. Sie reichen von der mangelhaften Information der Eltern und Institutionen bis zu aufwendigen, stigmatisierenden und schlicht absurden Verfahren: Lernförderung gibt es beispielsweise nur, wenn unmittelbar die Versetzung eines Kindes gefährdet ist, die Eltern ein entsprechendes Gutachten der Schule vorlegen, sie in finanzielle Voreinstellung gehen und zum Teil monatelange Bearbeitungszeiten hinnehmen. Eltern fühlen sich oft als Bittsteller, in den Einrichtungen bindet die Bürokratie wertvolle Ressourcen, und bei den Kindern kommt am Ende nur wenig bis gar nichts an.

Die Freie Wohlfahrtspflege NRW fordert deshalb Investitionen in die soziale Infrastruktur, statt weiter viel Geld in ineffiziente, absurde und würdelose Antrags- und Prüfverfahren für individuelle Einzelleistungen zu pumpen. Konkret bedeute das mehr qualifiziertes Personal in Kindergärten und Tagesstätten sowie Sozialarbeiter und kostenloses Mittagessen in den Schulen! Zudem fordern die Verbände niedrigschwellige Zugänge zu Kultur-, Sport- und Freizeitangeboten für Kinder aus einkommensschwachen Familien. ◀

## Mehr soziales Engagement

**Köln** – Der neue Vorstandsvorsitzende des Kölner Diözesan-Caritasverbandes, der Kölner Weihbischof Heiner Koch, hat die Pfarreien zu mehr sozialem Engagement aufgerufen. Nicht wenige Gemeinden verkümmerten, weil sie die karitative Arbeit auf Nebenschauplätze verdrängt hätten, sagte er in einem Interview. Bei Visitationen sei er immer wieder erstaunt, wie in Pfarrgemeinderäten kirchliche Seelsorgeorte wie Behindertenheime oder Wohnstätten für Obdachlose nicht vertreten seien.

„Sind unsere Pfarrgemeinden Integrationsorte für Menschen seelischer, körperlicher, geistiger und geistlicher Not?“, fragte Koch kritisch an. Pfarreien könnten beispielsweise gemeinsam mit einem Haus der Suchtkranken ein Gemeindefest feiern. Zudem schlug er vor, dass sich pastorale und karitative Mitarbeiter gemeinsam fortbilden. Weiter betonte der Weihbischof, dass das karitative Engagement der Kirche einen

starken institutionellen Träger mit einer soliden personellen und finanziellen Ausstattung benötige. ◀

## Diskussion um Babyklappen

**Essen** – Der Essener Sozialdienst katholischer Frauen (SkF) hat die Forderung der CDU-Familienpolitikerin Ingrid Fischbach zurückgewiesen, das Modell der Babyklappen auslaufen zu lassen. Die Schließung einer seit Jahren bekannten Einrichtung berge das Risiko, Kinder dann vor der Klappe zu finden, sagte der SkF-Geschäftsführer Björn Enno Hermans. Fischbach hatte ein Ende des Angebots gefordert. Dabei verwies sie auf eine Studie, wonach der Verbleib von etwa 200 anonym geborenen oder in einer Babyklappe abgelegten Kindern nicht geklärt ist. „Bei uns verschwindet definitiv kein Kind“, betonte Hermans. In Essen gebe es völlig transparente Abläufe. Seit Einrichtung der ehrenamtlich betreuten Babyklappe 2001 habe es in der Stadt nur noch eine Kindesausset-

zung gegeben. Im Babyfenster selbst seien 14 Kinder abgelegt worden. Der SkF-Geschäftsführer befürwortete aber, die Standards für den Betrieb von Babyklappen eindeutig festzulegen. ◀

## Junge Flüchtlinge beteiligen

**Münster** – Die Aktionsgemeinschaft Junge Flüchtlinge in NRW verlangt von Ausländerbehörden, jungen Flüchtlingen die Teilnahme an Ferienfreizeiten außerhalb der Bundesrepublik zu ermöglichen. Die Behörden sollten auf Antrag eine auf die Reise befristete Aufenthaltserlaubnis erteilen, heißt es in einem in Münster veröffentlichten Aufruf. Damit sei zum Ende der Freizeit eine Wiedereinreise nach Deutschland möglich. Auch Flüchtlingskinder hätten ein Recht auf Freizeit und Erholung, so die Aktionsgemeinschaft. Sie verwies auf die UN-Kinderrechtskonvention, wonach beim Umgang mit minderjährigen Flüchtlingen deren Kindeswohl an erster Stelle stehen müsse. ◀

# Scheren für die Kö

## Demonstration gegen die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich

**Demonstration auf der Luxusmeile: Mit einer überdimensionalen Holzschere haben Caritas und Vertreter der Nationalen Armutskonferenz (nak) auf der Düsseldorfer Königsallee eine wachsende Kluft zwischen Arm und Reich angeprangert. An Passanten verteilten Aktivisten kleine Scheren mit dem Schriftzug: „... und wie schneidest du ab?“ Die Organisatoren beklagten, dass 11,5 Millionen Menschen in Deutschland von Armut bedroht seien.**

Die stellvertretende nak-Sprecherin Michaela Hofmann erklärte bei der Aktion, dass insbesondere die Aufmerksamkeit der wohlhabenden Menschen für das Thema geweckt werden solle. Die Frage sei: „Was können Menschen, die über Geld verfügen, tun, damit andere Geld zum Leben haben?“ So könnten Unternehmer überlegen, allen Mitarbeitern einen Lohn zu zahlen, der den Lebensunterhalt abdecke. Reiche Menschen

sollten sich auch über ihren Konsum bewusst werden und fragen, ob etwa eine Tasche für 10000 Euro nötig sei.

„Wir verstehen die Scheren als Impuls, die Armutsbekämpfung in Deutschland als gesamtgesellschaftliche Aufgabe zu betrachten – sie gemeinsam in die Hand zu nehmen“, sagte der stellvertretende Direktor der Caritas im Erzbistum Köln, Helmut Loggen. Hofmann kritisierte, dass Armut in der Gesellschaft als selbstverschuldet wahrgenommen werde: „Das Vorurteil, wer arm ist, ist selbst schuld, stimmt nicht.“ Vor allem Arbeitslosen, Alleinerziehenden, Geringqualifizierten oder im sozialen Bereich Beschäftigten drohe die Gefahr, in Armut abzurutschen. Laut nak ist jeder sechste Bundesbürger oder 14,4 Prozent der Bevölkerung von Armut betroffen. Die Nationale Armutskonferenz, der unter anderen der katholische Deutsche Caritasverband und

das evangelische Diakonische Werk angehören, wurde im Herbst 1991 als deutsche Sektion des Europäischen Armutsnetzwerks gegründet. ◀ *M. L.*



Foto: Lehrmann

# Proteststurm der Krankenhäuser

## Kliniken halten den Sparkurs der Koalition für verfassungswidrig

**Mitten im Landtagswahlkampf haben die Krankenhäuser in NRW mit einer Protestkampagne gegen die Sparbeschlüsse der schwarz-gelben Koalition Front gemacht. Auf einer Großkundgebung protestierten 3500 Klinikvertreter. Die Krankenhausgesellschaft Nordrhein-Westfalen (KGNW) beklagt die finanzielle Situation der 404 nordrhein-westfälischen Krankenhäuser und forderte ein Ende der überzogenen Sparmaßnahmen. Aachens Diözesan-Caritasdirektor Burkard Schröders, der Mitglied im Präsidium der KGNW ist, rief die katholischen Krankenhäuser auf, die Proteste zu unterstützen.**

„Wir fordern von der Bundesregierung einen sofortigen Tarifaufgleich in voller Höhe sowie die Umsetzung des Orientierungswertes für eine nachhaltige Finanzierung der Krankenhäuser und damit eine Sicherung der Arbeitsplätze für die Zukunft“, sagte KGNW-Geschäftsführer Matthias Blum auf der Protestveranstaltung in Düsseldorf. Aus ganz NRW waren rund 3500 Vertreterinnen und Vertreter der Krankenhäuser gekommen, um ihrem Unmut über die Gesundheitspolitik der Bundesregierung Ausdruck zu verleihen und die 250000 Beschäftigten in 40 verschiedenen Berufsgruppen zu repräsentieren. Gemeinsam zeigten sie der Bundesregierung die „Rote Karte“.

„Nur mit einer nachhaltigen Finanzierung können wir zukünftig die qualitativ hochwertige Versorgung der Patientinnen und Patienten in unserem Land gemeinsam sicherstellen, und das ist das Ziel unserer Aktionen und dieser Veranstaltung“, erläuterte Blum. Die Kandidatinnen und Kandidaten der nordrhein-westfälischen Landtagswahl seien das Sprachrohr der NRW-Kranken-

häuser in Berlin und damit der 250000 Beschäftigten und der über vier Millionen Patientinnen und Patienten. Sie verträten 20 Prozent der Bevölkerung Deutschlands und hätten somit Stimme und Einfluss, um den Tarifaufgleich und den Orientierungswert für die Krankenhäuser in Berlin durchzusetzen.

„Das ist ein Signal nach Berlin, das dort hoffentlich als Warnschuss verstanden wird. Es geht nicht nur um Geld, sondern es geht um Anerkennung und um Gerechtigkeit für die Krankenhäuser, ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und deren großen Einsatz für die Menschen im Land“, erklärte Georg Baum, Hauptgeschäftsführer der Deutschen Krankenhausgesellschaft (DKG), im Anschluss an Blum.

Auch Ludger Risse, Vorsitzender des Pflegerats NRW und Pflegedirektor im St.-Christophorus-Krankenhaus in Werne, ging auf die eklatante Unterfinanzierung der Krankenhäuser und die damit verbundenen gravierenden Folgen für die Pflegerinnen und Pfleger in den Kliniken ein. So seien von 1995 bis 2008 bundesweit 50000 Stellen im Pflegebereich abgebaut worden – bei steigenden Patientenzahlen. „In den Jahren 2009 und 2010 gab es einen kleinen Anstieg der Vollkräfte in der Pflege durch das Pflegeförderprogramm, aber gleichzeitig stieg die Zahl der Patienten weiter“, erklärte Risse und verwies gleichzeitig auf aktuelle Studien, nach denen 80 Prozent der Beschäftigten in der Pflege empfinden, zu wenig Zeit für ihre Patienten zu haben. „31 Prozent der Pflegeprofis befürchten, dass die Patienten nach der Entlassung nicht ausreichend versorgt werden

können“, hob Risse hervor. Auch im Hinblick auf 40000 fehlende Pflegekräfte bis zum Jahr 2025 müsse im Bereich der Pflege eine Kehrtwende erfolgen, damit endlich die gesellschaftliche Bedeutung dieses Berufs erkannt werde – so Risse

Die KGNW fürchtet wachsende finanzielle Schwierigkeiten zahlreicher Kliniken aufgrund der Tarifabschlüsse für den ärztlichen Bereich und für den öffentlichen Dienst (konkrete Tariflast +3,5 Prozent), die allein die Kliniken in NRW mit über 400 Mio. Euro belasten.

Sie hat für die NRW-Krankenhäuser eine Finanzierungslücke im Jahr 2012 von 295 Mio. Euro allein im Personalkostenbereich errechnet und befürchtet Entlassungen.

Mit einer breit angelegten Informationskampagne mobilisierten die Krankenhäuser die öffentliche Meinung. In 167 Städten wurden Großflächenplakate geschaltet.

Gregor Hellmons, Geschäftsführer von Kplus, einem Verbund katholischer Kliniken und Senioreneinrichtungen im Rheinland, forderte die Freigabe von Mitteln aus den Überschüssen der gesetzlichen Krankenkassen. Doch da halte Finanzminister Schäuble die Hand drauf. „Das Geld wurde von den Versicherten für Gesundheit gezahlt“, unterstrich Hellmons. „Jetzt sollen Patienten und Beschäftigte gleichermaßen dafür herhalten, damit die Misswirtschaft europäischer Staaten ausgeglichen wird. Für mich ist das Diebstahl am Versicherten und an unseren Mitarbeitern.“ Seit Jahren sei das Budget der Krankenhäuser bereits gedeckelt, wogegen die gesetzlichen Krankenkassen gut gebettet seien. 19,5 Milliarden Euro dick sei das Polster. „Davon können wir im Krankenhaus nur träumen“, sagte Hellmons. ◀

### Impressum

#### Caritas in NRW – AKTUELL

Lindenstraße 178, 40233 Düsseldorf,  
Tel.: 02 11/51 60 66 20, Fax: 02 11/51 60 66 25,  
E-Mail: redaktion@caritas-nrw.de,  
Web: www.caritas-nrw.de

#### Herausgeber:

Diözesan-Caritasverbände Aachen, Essen, Köln, Münster und Paderborn, vertreten durch Diözesan-Caritasdirektor Andreas Meiwes, Essen.

**Chefredakteur:** Markus Lahrmann

**Abo-Fragen:** Kevin Jandrey

Tel.: 02 11/51 60 66 20,

E-Mail: vertrieb@caritas-nrw.de

Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

**Druck:** Bonifatius GmbH, Paderborn

**Anzeigenverwaltung:** Bonifatius GmbH

Karl-Schurz-Str. 26, 33100 Paderborn,  
Karl Wegener, Tel.: 0 52 51/1 53-2 20, E-Mail:  
karl.wegener@bonifatius.de

ISSN 1611-3527



3500 Vertreter der Krankenhäuser in Nordrhein-Westfalen zeigen der Politik die rote Karte. Foto: KGNW

# Erschreckende Folgen einer kleinen Kürzung

## Streichung des Elterngeldes drängt Arme zu den Tafeln

**Es ist eine dieser als Reformen getarnten Kürzungen. Deren drastische Folgen offenbaren sich jetzt in den Ergebnissen einer Umfrage. Weitgehend unbemerkt von der Öffentlichkeit und zunächst auch von vielen Betroffenen ist den Empfängern von ALG II und Kinderzuschlag das Elterngeld Anfang 2011 gestrichen worden. Genauer gesagt wird es jetzt „angerechnet“. Im Ergebnis gehen die Familien leer aus. Was das im Alltag bedeutet, haben Schwangerschaftsberatungsstellen des Sozialdienstes katholischer Frauen (SkF) und der Caritas in 18 Diözesen bei ihren Klientinnen erfragt.**

500 der knapp 2000 antwortenden Frauen kommen aus der Diözese Münster, die maßgeblich an der Aktion beteiligt war. Erschreckend für Birgit Scheibe, Sozialrechtsjuristin im Diözesan-Caritasverband Münster, ist dabei vor allem: Über die Hälfte der Frauen hatten zuvor die 300 Euro monatlich vor allem auch für gesündere Lebensmittel und Medikamente eingesetzt, die nicht mehr von der Krankenkasse bezahlt werden. „Jetzt greift fast die Hälfte stattdessen auf die Lebensmittelspenden der Tafeln zurück“, sagt Scheibe.

Gedacht gewesen sei das Elterngeld bei seiner Einführung 2007 auch als „Schonraum“ für Eltern und Kinder ein Jahr nach der Geburt, um sich in die neue Situation einzufinden. Von dieser Idee habe sich der Gesetzgeber wieder verabschiedet, kritisiert Scheibe. Das Absurde dabei: Auch Familien, deren Einkommen so gering ist, dass sie ergänzend ALG II oder Kinderzuschlag beziehen müssen, erhalten kein Elterngeld

mehr. Verdiente ein Elternteil dagegen gut und sei der andere vorher nicht erwerbstätig gewesen, bekomme die Familie unabhängig von der Einkommenshöhe die 300 Euro als Sockelbetrag. Interessant werde jetzt, ob der Gesetzgeber auch beim diskutierten Betreuungsgeld wieder höhere Einkommen belohnen wolle, fragt sich Scheibe.

Die von Sozialleistungen abhängigen Mütter dagegen hätten vielfach resigniert, berichtet Anne Ruhe, für die Schwangerschaftsberatung verantwortliche Referentin beim Diözesan-Caritasverband Münster. Sie äußerten in den Beratungsstellen, dass sie das Gefühl hätten, ihre Kinder seien nicht gewollt und der Gesellschaft nichts wert. 53 Prozent von ihnen geben in der Umfrage an, dass der Wegfall des Elterngeldes finanziellen Stress verursacht hat, bei einem Drittel hat das zu Partnerschaftsproblemen geführt oder sie verstärkt. „Das bleibt natürlich nicht ohne Auswirkungen auf die Kinder“, sagt Ruhe. Absurd ist für die Caritas-Referentin des-

halb auch, dass derzeit viel in Frühe Hilfen investiert werde, aber hier Familien eine gute Startmöglichkeit entzogen werde. Ein Viertel habe geäußert, dass sie sich jetzt isolierter fühlten. Das Geld fehle eben auch für die Teilnahme an Spielgruppen und Elternkursen, in denen wichtige Kontakte zur gegenseitigen Unterstützung geknüpft würden.

Die Caritas und ihr Fachverband SkF hatten im Vorfeld der geplanten Kürzung dagegen protestiert. Verhindern konnten sie sie nicht. Aber immerhin hat man erreichen können, dass zumindest die Minijobber weiterhin Elterngeld erhalten. Die Ergebnisse aus der Befragung sollen in das Sozialmonitoring der Bundesregierung zu den Sozialreformen der letzten Jahre einfließen. Zudem wollen Birgit Scheibe und Anne Ruhe und ihre Mitstreiterinnen in den anderen Diözesen damit die Bundestagsabgeordneten ansprechen. ◀

### KTK-Jubiläum in Köln

Zeit und Raum für Kinder – unter diesem Motto steht der Jubiläumskongress, den der Verband Katholischer Tageseinrichtungen für Kinder (KTK) aus Anlass seines 100-jährigen Bestehens am 19. und 20. Juni in Köln feiert. Zu den Feierlichkeiten werden rund 1400 Gäste aus Kirche, Politik und Gesellschaft sowie Erzieherinnen und Erzieher aus dem gesamten Bundesgebiet erwartet. ◀  
Infos unter [www.ktk-bundesverband.de](http://www.ktk-bundesverband.de)

## Stadt kündigt der Kirche

**Die Stadt Königswinter hat einer katholischen Gemeinde die Trägerschaft eines Kindergartens aufgekündigt, nachdem die Kirche zuvor die Kita-Leiterin aufgrund ihrer Lebensverhältnisse entlassen hatte. Das Erzbistum Köln bedauerte die Entscheidung der Stadt.**

Der Kirchengemeindeverband vor Ort hatte der Kindergärtnerin gekündigt, weil sie nach der Trennung von ihrem Mann mit einem neuen Partner zusammenlebt. Das Arbeitsverhältnis soll im Sommer enden.

Das Erzbistum Köln betonte, dass die Treue bis zum Tod zum kirchlichen Eheverständnis gehöre. Diesem moralischen Anspruch seien kirchliche Mitarbeiter besonders verpflichtet. Die Kirche könne ihre moralischen Werte nicht einfach im Einzelfall aufgeben oder aus missver-

standener Nächstenliebe zurücknehmen. Der zuständige Pfarrer, der Königswinterer Dechant Udo Maria Schiffers, kritisierte die Stadt. Mit der Beendigung der Verträge über Trägerschaft und Gebäudenutzung beschädige die Stadt ihre Vertragstreue, sagte er.

Im Zuge der Kündigung hatten sich Eltern mit der Leiterin des Kindergartens im Stadtteil Rauschendorf solidarisiert und auf eine Rücknahme ihrer Kündigung gedrängt. Als dies nicht geschah, erreichten die Eltern einen formellen

Beschluss über die Kündigung der Trägerschaft im Jugendhilfeausschuss der Stadt.

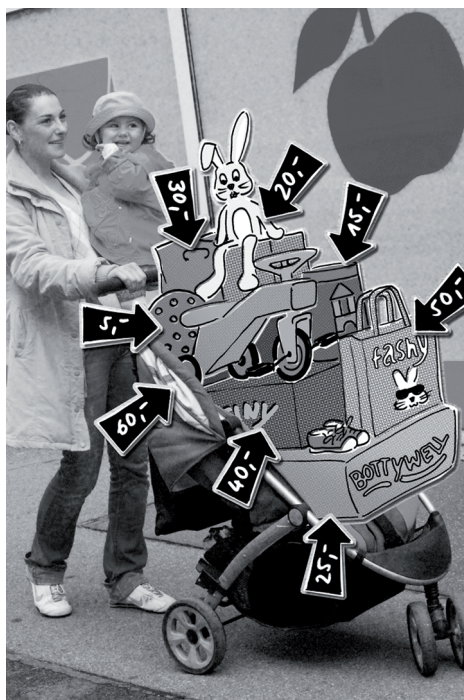
Das Erzbistum bedauerte, dass es zum Konflikt zwischen Eltern und Träger gekommen sei. „Diese Situation hat die Kinder in Rauschendorf besonders belastet, was nun durch die Entscheidung der Stadt Königswinter beendet wurde“, heißt es in der Erklärung. Das Engagement vieler Eltern zeige, wie beliebt die Kindergartenleiterin bei Kindern und Eltern war. „In den Veröffentlichungen der Eltern wird die Entscheidung für die Leiterin und gegen den Träger nachvollziehbar geschildert“, so das Erzbistum. Auch das Erzbistum hoffe nun auf Verständnis für seine Position. Es bekundete den Wunsch, dass die Einrichtung bei einem christlichen Träger bleibe. ◀KNA

## 1990 Beratungsgespräche

Die 14 katholischen Schwangerschaftsberatungsstellen im Erzbistum Paderborn haben im Vorjahr rund 5200 Hilfesuchende registriert. Insgesamt gab es 19900 Beratungsgespräche. Dies geht aus der Jahresstatistik des Diözesan-Caritasverbandes hervor.

Etwa jede sechste Frau (880 Personen) nahm im ersten Drittel der Schwangerschaft Kontakt zu den Beratungsstellen auf. Unter ihnen befinden sich auch all diejenigen, die Beratung im existenziellen Schwangerschaftskonflikt wünschen. 81 Prozent der Schwangeren suchten die Beratungsstelle nach der 12. Schwangerschaftswoche auf.

Als Anlass für die Kontaktaufnahme geben fast 94 Prozent finanzielle Probleme an, 63 Prozent möchten ihre sozialrechtlichen Ansprüche klären. Jede vierte Frau leidet unter der physischen und psychischen Belastung, jede fünfte ist arbeitslos. Eine unzureichende Wohnsituation, Probleme in der Partnerschaft und als Alleinerziehende sind weitere Gründe für den Kontakt zur Schwangerschaftsberatungsstelle. „Viele Frauen sind sozial benachteiligt, stehen un-



ter psychischem Druck“, sagt Anke Baule vom Diözesan-Caritasverband. Zu beachten seien häufig Streit und Spannung zwischen den Partnern bzw. zwischen Eltern und Kindern, Schwierigkeiten am Arbeitsplatz, Angst vor finanzieller Not und psychosomatische Beschwerden. „Schwangerschaft bedeutet hier oftmals eine zusätzliche Belastungssituation.“ ◀

cpd

## Lotterie „Helfen & Gewinnen“

Am 1. Mai startet die Lotterie „Helfen & Gewinnen“ der Wohlfahrtsverbände in NRW. Durch den Verkaufserlös der beliebten Rubbellose werden landesweit sozial-caritative Einrichtungen und Initiativen unterstützt. Das Prinzip der Rubbellose ist einfach. Jeder Verband der Freien Wohlfahrtspflege, zu der auch die Caritas- und caritativen Fachverbände gehören, kann Lose verkaufen. 40 Cent von jedem verkauften Los (Lospreis 1 Euro) behält die Einrichtung, der Verband oder die caritative Gruppe für die eigene Arbeit. Werden zum Beispiel auf einem Sommerfest oder auf einem Basar 1000 Lose verkauft, bleiben der losverkaufenden Einrichtung 400 Euro zur Finanzierung ihrer Arbeit. Das übrige Geld wird für Geldgewinne, Werbung und Sachkosten benötigt.

Wer Lose der Lotterie „Helfen & Gewinnen“ kauft, kann also nicht nur etwas gewinnen – bis zu 1 000 Euro –, sondern tut auch etwas Gutes. Lose gibt es bei der Lotteriegeschäftsstelle. Abgepackt sind sie zu je 200 Stück und werden in Kommission abgegeben. Unverkaufte Lose können also ohne Probleme wieder zurückgegeben werden. ◀

Infos: [www.freiewohlfahrtspflege-nrw.de](http://www.freiewohlfahrtspflege-nrw.de)